



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Inklusion an Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, im ersten Halbjahr 2014 den aktuellen Stand auf dem Weg zur Umsetzung von Inklusion an den schleswig-holsteinischen Schulen darzustellen.

Dieser Bericht soll ferner die beabsichtigte Schrittfolge der Landesregierung enthalten, wie wir auf dem Weg zur Inklusion vor allem die Qualität sichern und ausbauen können und welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um mehr Kinder mit Förderbedarf in Regelschulen aufzunehmen. Darüber hinaus soll der Bericht die seitens des Landes, der Kommunen und der kommunalen Schulträger erforderlichen finanziellen, sächlichen und personellen Ressourcen darstellen, die zur Umsetzung der jeweiligen Teilziele erforderlich sind.

Außerdem möge der Bericht Auskunft darüber geben, in welcher Form Aufgaben der schulischen Inklusion in die anstehende Reform der Lehrerbildung eingebracht werden sollen.

Begründung:

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das von Deutschland als einem der ersten Staaten bereits am 30.03.2007 unterzeichnet wurde, verpflichtet in Artikel 24 die unterzeichnenden Staaten auf ein „integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen“ (an inclusive education system at all levels and lifelong learning).

Die damalige Landesregierung hatte in ihrem Bericht zur Umsetzung der Inklusion vom 16.06.2011 (Drucksache 17/1568) unter Berufung auf externe Gutachten angenommen, „dass sich die inklusive Beschulung im Rahmen der vorhandenen Ressourcen verwirklichen lässt“. Diese Auffassung wird insbesondere in den Schulen nicht geteilt, weil viele Lehrkräfte glaubhaft darstellen, dass die Inklusion mit erheblichen Mehrbelastungen verbunden ist, die auch mit größtmöglichem Engagement nicht ohne zusätzliche Ressourcen zu bewältigen sind. Die derzeitige Landesregierung hat demgegenüber anerkannt, dass Inklusion nicht aufkommensneutral auszubauen ist, und hat in einem ersten Schritt die personelle Ausstattung in der flexiblen Eingangsphase der Grundschulen verbessert.

Martin Habersaat
und Fraktion

Anke Erdmann
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion